

Pressemitteilung 26/2016

Halle (Saale), den 24. Juni 2016

Großbritanniens Nein zur EU wird für beide Seiten teuer

Die Briten haben sich heute gegen einen Verbleib ihres Landes in der Europäischen Union entschieden. Sie stimmten heute überraschend klar dafür, den EU-Verbund zu verlassen. Das Ausscheiden Großbritanniens aus der EU hat nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch tiefgreifende Konsequenzen für das Land selbst, aber auch für das übrige Europa. „Entscheidend ist jetzt die Reaktion der verbleibenden Länder auf das Votum, insbesondere die Frankreichs und Deutschlands“, sagt Reint E. Gropp, Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH).

Die Reaktion der Finanzmärkte auf Umfragewerte vor der Abstimmung zeigen, dass dieses Abstimmungsergebnis kurzfristig zu starken Verwerfungen auf den Finanzmärkten führen wird (vgl. [IWH Online 5/2016](#)). Für die Finanzmärkte dürfte das Votum überraschend kommen. In den vergangenen zwei Wochen hatte das Pfund gegenüber dem Euro sogar um etwa 3% aufgewertet. Diese Bewegung dürfte sich nun umkehren. Viele Unternehmen haben bereits angekündigt, Investitionen in Großbritannien zu reduzieren oder ganz auszusetzen, weil der Zugang zum europäischen Markt nicht mehr gesichert ist. Insbesondere der Finanzplatz London könnte unter dem Votum leiden; im Vorfeld haben Bankaktien besonders stark auf eine höhere Wahrscheinlichkeit eines negativen Votums reagiert, sowohl in Großbritannien als auch im Euroraum. Mittelfristig wird aus Sicht Großbritanniens allerdings viel davon abhängen, wie die Verhandlungen über den Austritt ablaufen werden. „Am Ende wird hoffentlich klar sein, dass beide Seiten von einer schnellen Einigung nur profitieren können“, betont Gropp. In seinen Augen wäre eine „Bestrafung“ Großbritanniens durch ein Verschleppen der Verhandlungen durch die EU völlig unangebracht und nicht im Interesse der verbleibenden Mitglieder. Es bleibt allerdings unklar, inwieweit sich die gegenwärtige Regierung im Amt halten kann, was der allgemeinen ökonomischen Unsicherheit eine weitere politische Unsicherheit hinzufügt.

Inwieweit wird ein Brexit die wirtschaftlichen Aussichten der EU beeinträchtigen? Der Euro hat in den letzten Wochen auf eine höhere Wahrscheinlichkeit eines negativen Votums nicht reagiert und scheint stabil zu bleiben. Inwieweit die Märkte für Güter und Dienstleistungen, Arbeit und Kapital innerhalb der Union britischen Unternehmen nicht mehr im gleichen Maße offenstehen, hängt von den kommenden Verhandlungen ab. Die Abstimmung selbst führt nicht zu einem Austritt, sondern initiiert lediglich einen Austrittsprozess, der noch vom Britischen Parlament

ohne Sperrfrist

Pressekontakt
Stefanie Müller
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Reint E. Gropp
Tel +49 345 7753 700
president@iwh-halle.de

Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
ohr@iwh-halle.de

Politische Ressorts
Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi),
Bundesministerium der Finanzen
(BMF), Bundeskanzleramt

Wissenschaftliche Schlagwörter
Europäische Union, Euroraum,
Export, Handel, Währungspolitik

Aktueller Bezug
EU-Referendum in Großbritannien
am 23.06.2016

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)
Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

bestätigt werden müsste. Grundsätzlich besteht aber eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass es zumindest kurzfristig zu Wohlfahrtsverlusten auf beiden Seiten kommen wird. Großbritannien führt 45% seiner Gesamtexporte an Gütern und Dienstleistungen in die restliche EU aus. Umgekehrt sind nur etwa 6% der Exporte aus den übrigen EU-Ländern für Großbritannien bestimmt, in Deutschland ist der Anteil mit 7% geringfügig höher.

Langfristig ist ein weniger wirtschaftsfreundliches Klima im Sinne von mehr Regulierung in der Europäischen Union zu erwarten. Unklar ist zum jetzigen Zeitpunkt, wie die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU künftig gestaltet werden. Vieles wäre möglich (Europäische Freihandelsassoziation – EFTA, bilaterale Abkommen), entschieden wird sich so schnell nichts. Aus britischer Sicht ist eines der größten Probleme, dass der Austritt nach sich zieht, die nun allesamt neu zu verhandelnden Handelsbeziehungen mit etwa 60 Drittländern (etwa die USA, Indien, China, Japan und Australien), die bislang auf Abkommen der EU beruhten, aus einer ziemlich schwachen Verhandlungsposition.

Aus EU-Sicht besteht die Gefahr, dass es zu weiteren Desintegrationserscheinungen in der Union kommt. Auf Grundlage des Art. 50 des EU-Vertrags, der den freiwilligen EU-Austritt regelt, steht es den Mitgliedstaaten seit 2009 frei, die EU zu verlassen. Nachdem sich Großbritannien zum Ausscheiden aus dem europäischen Staatenbündnis bekannt hat, könnten weitere Länder in ihrer anti-europäischen Haltung bestärkt werden und dem Beispiel folgen. Deshalb wird die Reaktion der großen verbleibenden Länder, insbesondere Deutschland und Frankreich, so entscheidend sein. Es muss dringend eine kluge und tragfähige Zukunftsstrategie erarbeitet und kommuniziert werden. Diese Strategie sollte gemeinsam von den großen Mitgliedsländern, Deutschland und Frankreich, gemeinsam überzeugend dargelegt werden. Verbesserungen in der demokratischen Legitimation der EU-Institutionen, weniger Regulierung in Arbeits- und Produktmärkten, ein Abbau der Bürokratie sowohl in der EU als auch in den Mitgliedsländern, eine weitgehende Umsetzung der Kapitalmarktunion und eine Neu-Priorisierung der EU-Ausgaben müssen dringend in Angriff genommen werden, damit die Union zukunftsfähig wird, mit oder ohne Großbritannien.

Wissenschaftliche Ansprechpartner

Prof. Reint E. Gropp
Tel +49 345 7753 700
president@iwh-halle.de

Prof. Dr. Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
oliver.holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt

Stefanie Müller
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

IWH-Expertenliste

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftler/innen. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle](#) des IWH.

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 88 selbstständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.